

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Vorgehen für ein menschliches Europa!

In Anlehnung an den Osterappell von 210 Abgeordneten des Deutschen Bundestages bekennt sich der Landtag zum Schutz von Menschenleben auf dem Mittelmeer und zur Einhaltung der Menschenrechte.

Allein in 2018 sind laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, ertrunken. Die tatsächliche Zahl der Todesopfer dürfte deutlich höher sein.

Regelmäßig verweigern EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Italien, Schiffen mit geretteten Schiffbrüchigen die Erlaubnis zum Anlegen. Schiffe der zivilen Seenotrettung mussten mehrfach mitsamt der Geretteten an Bord tage-, zum Teil wochenlang, auf offener See unter schwierigsten Bedingungen ausharren. Auch mit Blick auf die humanitären Grundsätze der Europäischen Union ist dies nicht hinnehmbar. Der Landtag Brandenburg begrüßt daher die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Wir stehen zur Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass sich die Bundesregierung für die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen einsetzt und von den europäischen Partnern verlangt, dass Schiffe mit geretteten Personen an Bord uneingeschränkt an europäischen Häfen anlanden dürfen, um eine gesamteuropäische Lösung zu erreichen,
- gegenüber dem Bund die Bereitschaft für ein Aufnahmeprogramm von Bund und Ländern zu erklären, das aus Seenot geretteten Geflüchteten aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis nach dem Aufenthaltsgesetz erteilt. Eine glaubwürdige Europapolitik darf nicht tatenlos zusehen, wie das Sterben im Mittelmeer weitergeht und muss sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mittel für die Verteidigung ihrer und damit der europäischen Werte einsetzen. Das ist keine Frage von Großzügigkeit, sondern ein Minimum an Menschlichkeit,
- falls ein Aufnahmeprogramm von Bund und Ländern nicht zustande kommen sollte, ein Landesaufnahmeprogramm außerhalb der vorgesehenen Aufnahmequoten für aus Seenot gerettete Menschen aufzulegen,

- die Brandenburger Kommunen, die der Initiative „Seebrücke - schafft sichere Häfen“ beitreten, aktiv zu unterstützen und ihnen die freiwillige Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen zu ermöglichen.

Begründung:

Die EU hat kürzlich das Ende der seegestützten „Mission Sophia“ erklärt. Nachdem bereits private Seenotrettung kriminalisiert und die Schiffe der NGOs beschlagnahmt und festgesetzt wurden, hat die EU jetzt auch noch ihre eigenen Schiffe zurückgerufen und die Seenotrettung eingestellt.

Derzeit ist die Lage so dramatisch wie nie zuvor: Durch den Abzug von „Sophia“, die nicht einmal ein offizielles Mandat zum Retten von Menschenleben hatte, nach geltendem internationalen Seerecht aber dazu verpflichtet war, Menschen in Seenot das Leben zu retten und dies auch in tausenden von Fällen tat, rettet derzeit so gut wie niemand mehr Menschen vor dem Ertrinken. Auch Handelsschiffe können keine Menschen mehr retten, da sie aufgrund der geschlossenen Häfen andere Routen befahren. Das ist ein Tiefpunkt in der europäischen Migrationspolitik, die sich vor allem darauf konzentriert, durch die Ausrüstung der sogenannten libyschen Küstenwache Menschen in Gefangenenlagern in Libyen unter grausamen Bedingungen einzusperren. Die Europäische Kommission hat Recht, wenn sie sagt, dass weniger Menschen das Mittelmeer überqueren. Dabei unterschlägt sie jedoch die Tatsache, dass die Todesrate noch nie so hoch wie heute war. Derzeit liegt sie bei 1:5.

Erst im April hat die einzig verbliebende private Seenotrettungs-NGO „Sea-Eye“ 64 Menschen, darunter Frauen und kleine Kinder gerettet. Dass ihr erneut die europäischen Häfen verschlossen blieben, weil kein Land sich bereit erklären wollte, die Schiffbrüchigen aufzunehmen, ist ein Armutszeugnis für Europa und aller EU-Staaten. Es gilt jetzt, alle zur Verfügung stehenden Schritte zu unternehmen, um dem massenhaften Sterben im Mittelmeer sofort ein Ende zu setzen.

Mit der Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen könnten das Land Brandenburg und seine Kommunen ein Zeichen setzen. Schließlich war das Projekt „Sea-Watch“ ursprünglich eine Initiative von Familien aus Brandenburg. Mehrere Kommunen im Land Brandenburg haben sich bereits im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen, sichere Städte“ freiwillig zur Aufnahme von Geflüchteten bereiterklärt.

Brandenburg leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine gesamteuropäische Lösung, indem es vorangeht und zeigt, dass Solidarität nicht nur ein verbales Bekenntnis ist.